

# „Angst der Menschen überstrapaziert“

Im Gegensatz zum Lockdown im Frühjahr schwindet derzeit die Zustimmung der Bevölkerung zu den verschärften CoV-Maßnahmen. Für den Kommunikationsforscher Jörg Matthes liegt das daran, dass die Politik die Angst der Menschen beim ersten Lockdown überstrapaziert habe.

Online seit heute, 13.51 Uhr (Update: 13.50 Uhr)

Teilen



Als Österreich das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben im Frühjahr zum ersten Mal auf Sparflamme stellte, nahm die Bevölkerung die Maßnahmen weitgehend ohne große Widerstände an. Mittlerweile sei das aber nicht mehr der Fall, sagt der Wiener Kommunikationsforscher Matthes.

„Denken wir an die Aussagen, die es gegeben hat. Das wir alle jemanden kennen werden, der am Virus verstirbt. Das lässt sich auf Dauer nicht mehr aufrechterhalten und verliert über die Zeit an Schlagkraft und Glaubwürdigkeit. Weil die Extremität der Bedrohung für die Menschen nicht spürbar ist und einfach auch ein Gewöhnungseffekt eingetreten ist“, erklärt Matthes.

## Existenzängste und unterschätze Risiken

Zwei Dinge haben sich seit dem ersten Lockdown verändert, sagt der Experte: Einerseits lasse sich der wirtschaftliche Schaden heute beziffern und viele Menschen hätten berechtigte Existenzängste. Andererseits wisse man heute viel mehr über das Coronavirus. Zum Beispiel, dass - neben massiven gesundheitlichen oder gar tödlichen Folgen - viele Menschen nach einer Ansteckung wenig bis keine gesundheitlichen Probleme bekommen.

Außerdem sei es oft schwierig, den Sinn hinter einzelnen Verordnungen oder Empfehlungen zu begreifen. „Die einzelnen Logiken hinter den Maßnahmen sind nur schwer zu transportieren und das ist vielleicht auch nicht vollkommen gelungen“, vermutet der Kommunikationsforscher.

## **„Wert des Lebens“ ist nicht zu beziffern**

Deshalb stellen laut Matthes immer mehr Menschen – insbesondere jene, die bereits wirtschaftliche Probleme haben oder solche auf sich zukommen sehen – eine Art Kosten-Nutzen-Rechnung an. Ethisch verwerflich, sagt Matthes, denn der Wert des Lebens sei nicht zu beziffern.

Menschlich sei es aber verständlich, denn in der Krise sei das Hemd näher als der Rock. Laut Matthes, dessen Forschungsschwerpunkt auf politischer Kommunikation liegt, muss genau diese heikle Diskussion auch in der Öffentlichkeit geführt werden.

## **Neue Kommunikationsstrategie nötig**

Um das Bewusstsein für die Notwendigkeit der Coronavirus-Maßnahmen wieder zu stärken, brauche die Regierung jetzt eine andere Kommunikationsstrategie. „Die Idee, dass wir alle Menschen gleichermaßen mit einer Kommunikationsstrategie erreichen, erweist sich zunehmend als weniger wirkungsvoll“, sagt der Experte.

Zudem beantworte die Regierung mit den Finanzspritzen nur die Frage nach den wirtschaftlichen Folgen. Auf die Frage nach sozialen und psychischen Folgen habe sie keine Antwort, so Matthes. Er wünscht sich deshalb, dass die Regierung die Sorgen der Menschen, um die sozialen und psychischen Folgen der Pandemie, mehr ernst nimmt.